



## Ist die Zukunft der Polizei Hamburg (noch) zu retten? Ausbildungsoffensive jetzt!

**Der Haushalt 2009/10 ist verabschiedet, der Polizei Hamburg bringt's fürs Erste 28 zusätzliche Beschäftigte im Objektschutz-/VÜ-Bereich. Zwei Klassen Polizeibeamte „mehr“ für den Herbst einzustellen ist dagegen lediglich eine Absicht der Polizeiführung – politisch entschieden ist gar nichts. Reicht das? Und ist die Polizei Hamburg insgesamt überhaupt richtig aufgestellt für die Herausforderungen, die auf sie warten? Eine Analyse der verschiedenen Arbeitsbereiche lässt etwas anderes vermuten ... – wenn sich nicht in allen Personalbereichen zügig etwas ändert, werden wir die Folgen im nächsten Jahrzehnt bitter zu spüren bekommen! Die GdP will die einzelnen Bereiche betrachten und den bereits gestarteten Dialog mit den politisch Verantwortlichen fortführen:**

### Einstellungen in den mittleren Dienst

Mehrere Bundesländer haben in verlässlichen Analysen festgestellt, dass sie ihre Bedarfe an Nachwuchs durch die eigenen Schulabgänger im jeweiligen Land nicht mehr decken können. Würde z. B. NRW seinen Bedarf von 2000 neuen Polizisten im g. D. selber decken wollen, müssten bei einem Bewerber-/Einstellungsschlüssel von 1:25 50 000 Abiturienten anfragen. Das wären ALLE Schulabgänger, die NRW überhaupt hat! Hamburg hat scheinbar noch einen optischen Vorsprung, da die Großstadt naturgemäß für viele ein Anreiz darstellt, sich hierhin zu bewerben. Aber: Den Bedarf an Einstellungen deckt Hamburg durch EIGENE Schulabgänger schon längst nicht mehr, die Quote bewegt sich zwischen 10 und 30%. Und von den immer noch über

2000 Anfragen, die die Polizei zu jedem Verfahren erreicht, ist die Quote derjenigen, die wirklich für uns geeignet sind, stetig sinkend. Wenn das Qualitätslevel beibehalten werden soll, entfällt die Möglichkeit, den Einstellungsstandard abzusenken. Schüler, die nicht da sind, können sich aber auch nicht bewerben. Dabei haben wir gerade jetzt den glücklichen Umstand, dass – wegen des verkürzten Abiturs – zwei Abiturientenjahrgänge gleichzeitig abgehen. Umso verständlicher, dass der Senat jetzt plant, „das Werben um diese Schulabgänger zu intensivieren“. Das Einzige, was spürbar wirken würde: **Sofortige drastische Mehreinstellungen im dreistelligen Bereich** – auch über Bedarf! Die freie Wirtschaft macht genau dies und stellt Hunderte mehr ein als derzeit nötig. Im Wissen, dass sich in wenigen Jahren die Situation dramatisch verändern wird! Was nützt das Werben, wenn wir keine Menschen einstellen. WOLLEN wollen genug, KÖNNEN müssen sie auch!

### Einstellungen im gehobenen Dienst

Die Situation an der Hochschule der Polizei (HdP) entwickelt sich genau in die Richtung, die die GdP schon seit langem befürchtet hat: Der Hochschulgang „Privates Sicherheitsmanagement“ ist schon gescheitert, ehe der erste fertige Lehrgang die Ernte in die freie Wirtschaft tragen kann. Schon wieder finden sich nicht genug Bewerber, die durch die Wirtschaft gefördert werden. Kaum ein renommiertes Unternehmen ist bereit, für diese Art Ausbildung teures Geld zu investieren. Die Führungskräfte im Sicherheitsbereich werden auf anderem Wege eingestellt, das mittlere Management hat keinen Bedarf für Ausbildungen dieser Art. Und sollte sich ein Unternehmen doch für eine Ausbildung entscheiden, dann geht es nach Bremen! DORT wurde eine Ausbildung nach Maß geschaffen, dort wurden Top-Unterneh-

men frühzeitig in die Planungen und Bedarfe eingebunden, dort hat man sich intensive fachliche Gedanken über Notwendigkeiten, Inhalte, Bedarfe und Realisierungsmöglichkeiten gemacht. In Hamburg wurden von Anfang an alle kritischen Stimmen ignorant beiseite gewischt. Neben der GdP haben sich renommierte Professoren und anerkannte Fachleute gegen diese Art der Ausbildung ausgesprochen. Und das alles auf Kosten der Ausbildung für die Polizei! In drei Jahren Ausbildung stecken sowieso nur zwei Jahre Theorie und davon werden auch noch acht (!) Monate für eine gemeinsame Grundausbildung zusammen mit der Privaten Sicherheitswirtschaft vergeudet! Niemand hatte die „8“ obligatorisch gestellt. Aber niemand war bereit, fachliche Kritik wenigstens mal anzuhören! Der einzige Fachkommentar „wir sind optimistisch“ führt jetzt zu Mangelausbildung und unnötiger Vergeudung von Lehrzeiten. Und da immer noch der Unsinn aufrecht erhalten wird, dass das Grundstudium acht Monate unalimentiert bleibt, orientieren sich immer mehr Interessenten in die Nachbarländer. Da gibt es von Anfang an Geld. Und man ist verbeamtet. Und wird von Anfang an nach rein polizeilichen Interessen ausgebildet. DAS ist professionell. Vom Umstand ganz zu schweigen, dass Hochschul-Abgänger zukünftig locker 15 Jahre warten sollen, bis sie überhaupt mal in Führungsfunktionen kommen – Motivation pur!

### Wasserschutzpolizei

Es ist kein Geheimnis, dass schon längst nicht mehr genug KollegInnen mit nautischer Erfahrung für die WS eingestellt werden können. Selbst Bedarfe im einstelligen Bereich sind nicht mehr zu decken. Dazu werden immer mehr Mitarbeiter angeregt, wegen besserer Bezahlung in die freie Wirtschaft oder zu ande-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

ren Behörden zu wechseln. Und mögliche Bewerber werden von vorne herein mit besseren Konditionen woanders hingelockt. Höchste Gefahr für die WS! Wir müssen schnellstens dazu kommen, dass Mitarbeiter mit großem nautischen Patent bessere Startbedingungen bekommen und anschließend schneller als das LVM bisher hergibt aufsteigen können. Ohne deutliche Verbesserungen verliert die Polizei den Kampf gegen andere. Innerhalb der Organisation werden bereits gute und erfolgversprechende Ideen bewegt. Die GdP setzt sich intensiv dafür ein, dass diese Ideen auch innerhalb und außerhalb der Polizei aufgenommen und umgesetzt werden. Fahrlässige Sprüche, dass dies „schon alles in trockenen Tüchern sei“ sind kontraproduktiv und überflüssig!

**Tarifbeschäftigte**

„28 mehr“ sind zwar gut, aber lange nicht ausreichend! Diese 28 werden die

vielen Abgänge gerade einmal kompensieren. Die Ursache für die große Fluktuation im Beschäftigtenbereich ist die stupide Dauerbeschäftigung im Objektschutz. Die GdP hatte seinerzeit mit der Polizeiführung das „Berufsbild für Angestellte“ entwickelt. Dies sah eine Vielfaltigkeit von Beschäftigungsbereichen genauso vor wie eine mögliche Qualifizierung innerhalb der Funktionen. Da jedoch von Anfang an zu wenige eingestellt wurden, Abgänge nicht kompensiert wurden und trotz neuen Tarifrechts nicht (wie eigentlich notwendig) personell nachgebessert wurde, stehen jetzt teuer ausgebildete Polizisten dort, wo eigentlich Angestellte Teile ihrer wertvollen Arbeit verrichten sollten! Dem ist nicht mit 28, sondern eher mit 280 neuen Beschäftigten zu begegnen! Objektschutz ist nur ein Bereich, in dem dringend Beschäftigte fehlen. Die gesamte Personal-

abteilung versinkt in Arbeit, Kriminalbeamte erledigen längst selbst Dinge, die früher Beschäftigte gut erledigt hatten. Statt Arbeitsbereiche zu privatisieren müssen wieder mehr Beschäftigte in die Polizei – sie machen gute Arbeit für gutes Geld.

**Für alle gilt: Nur wenn der Senat bereit ist, die Start- und Entwicklungsbedingungen für die Mitarbeiter zu verbessern, wird die Polizei Hamburg auch in Zukunft genügend Personal rekrutieren können. Dabei sind die Wiedereinführung der freien Heilfürsorge und die rechtliche Besserstellung von Auszubildenden von Anfang an genauso wichtig wie eine angemessene Alimentation für Studierende, verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten für Fachleute und Perspektiven für engagierte junge Menschen. Dafür wird sich die GdP auch weiterhin einsetzen!** *Der Landesbezirksvorstand*

**STINKER**

**... denn sie wissen nicht, was sie tun?**

**Für die Polizeiführung scheinbar ziemlich überraschend, läuft die Frist der im Jahr 2007 erlassenen Übergangsverordnung zum LVM am 30. 9. 2009 ab. Der § 2 besagt, dass von dem Grundsatz, beim Wechsel in den nächsthöheren Funktionskreis eine neue Funktion zu übertragen – dem sog. Funktionswechsel – Ausnahmen zugelassen werden können. Ist der Funktionswechsel jedoch nachzuholen? Ja, Augen auf beim Kleingedruckten ... Das war bisher nur aufgeschoben, nicht aufgehoben!**



Hat man in den letzten Jahren ziemlich viel gemacht, aber nicht seine Hausaufgaben?

Es scheint, als würde, quasi wie immer, die Polizeiführung auch dieses Mal von dem Eintritt eines vorhersehbaren Termins vollkommen überrascht und verfallen in Hektik, um das „urplötzlich“ aufgetretene Problem irgendwie zu lösen.

Der Ablauf der Übergangsregelung am 30. 9. 2009 war ebenso vorhersehbar wie das jährliche Osterfest! Man wusste also bereits 2007 was man tut!

Und so ganz nebenbei bemerkt zeugt dieses Verhalten nicht gerade von einer fachlichen Kompetenz. Ich bin nur traurig, dass es wohl wieder die Kolleginnen und Kollgen sein werden, die das Ganze ausbaden müssen.

Und noch 'n kleines „Schmankerl“: Im schönen Neubau des PK 46 stinkt's. In der nagelneuen Küche kann man baulich bedingt die Fenster nicht öffnen, an einen Dunst- und Geruchsabzug hat man jedoch nicht gedacht! Oder gespart? Naja, passt zum Thema fachliche Kompetenz ...

In diesem Sinne wünsche ich euch trotzdem ein schönes Osterfest und eine erfolgreiche Ostereiersuche!

*Euer Stinker*



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

**Geschäftsstelle:**  
Hindenburgstraße 49  
22297 Hamburg  
Telefon (0 40) 28 08 96 - 0  
Telefax (0 40) 28 08 96 -18  
E-Mail: [gdp-hamburg@gdp-online.de](mailto:gdp-hamburg@gdp-online.de)  
[www.gdp-hamburg.de](http://www.gdp-hamburg.de)

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**  
Montag bis Mittwoch 7.30 bis 16.00 Uhr  
Donnerstag 7.30 bis 16.30 Uhr  
Freitag 7.30 bis 14.00 Uhr

**Redaktion:**  
Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)  
Tresckowstraße 31  
20259 Hamburg  
Telefon (0 40) 40 60 30  
E-Mail: [joernclassen@web.de](mailto:joernclassen@web.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hildern  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008

**Anzeigen-Repräsentant:**  
Walter Grote  
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg  
Telefon (040) 40 94 34

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

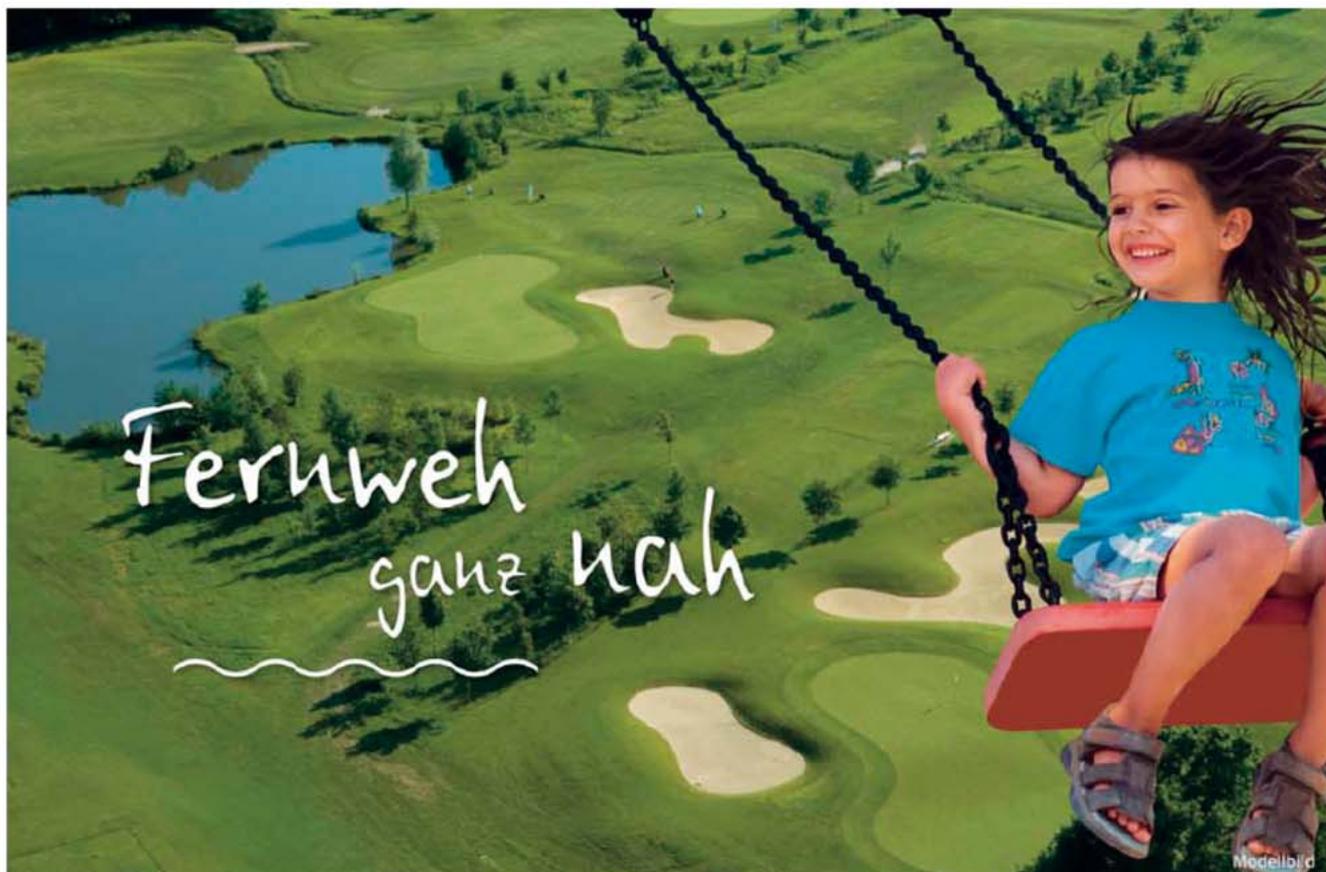




# Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg



Am 28.03.2009 eröffnet der **Club Aldiana Bad Griesbach** mitten in einem riesigen Golf Eldorado, ca. 30 km von Passau entfernt. Sichern Sie sich jetzt Ihren entspannten Urlaub im ersten Club Aldiana in Deutschland.

**Im April bekommen Sie z.B. eine Woche in der Maisonette-Suite inkl. Halbpension und einem umfangreichen Sportprogramm mit zwei Erwachsenen und einem Kind bereits ab €572,- pro Erwachsenen und €229,- für das Kind.**

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage:

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH, Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg  
Tel.: 040 – 28 08 96 – 16/22 Fax: - 27

[www.psw-hamburg.de](http://www.psw-hamburg.de)

**Zusätzlich können Sie außerhalb unserer Geschäftszeiten Mo.-Fr. 18.00 – 22.00 Uhr, Sa., So. und feiertags 13.00 – 20.00 Uhr ihre Reise telefonisch über unser Callcenter buchen.**

# Das Ergebnis der Tarifverhandlungen

**Die Einkommen der 700 000 Beschäftigten der Länder werden in zwei Stufen um rund fünf Prozent, verteilt auf zwei Jahre, steigen. Aus diesen Schritten errechnet sich ein Gesamtvolumen von etwa fünf Prozent. Der Sockelbetrag schlägt mit rund 1,6 Prozent zu Buche. Berücksichtigt man dazu noch den tabelnwirksamen Einbau der Leistungszulage, beträgt das Volumen über die gesamte Laufzeit sogar 5,8 Prozent.**

**Auszubildende erhalten 60 Euro ab 1. März 2009 und noch einmal 1,2 Prozent ab 1. März 2010. Im Tarifgebiet Ost werden zum 1. Januar 2010 alle Entgelte auf 100 Prozent des Westniveaus angepasst.**

Auf dieses Ergebnis haben sich nach zähem Ringen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den Arbeitgebern am Sonntag, dem 1. März 2009, in der 4. Verhandlungsrunde in Potsdam geeinigt.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg, Mitglied der Sondierungskommission: „Das ist ein vertretbares Ergebnis ange-



**Demonstrieren für einen guten Tarifabschluss.**

sichts der sehr schwierigen Rahmenbedingungen, besonders für die unteren Einkommensgruppen.

Ich freue mich, dass wir zudem erreichen konnten, dass die Einkommenserhöhungen zeitgleich für Ost und West gelten. Wir fordern die Länder auf, das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich für die Beamtinnen und Beamten zu übernehmen.“

Dieser Forderung ist der Senat in Hamburg zwischenzeitlich nachgekommen.

Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und zuständig für Tarifpolitik: „Die Kampfbereitschaft, die unsere Kolleginnen und Kollegen in den letzten zwei Wochen noch einmal unter



**Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender GdP**



**Die Schirmaktion der GdP Hamburg: 8 Prozent mehr!**

Beweis gestellt haben, hat eindeutig zu diesem verbesserten Ergebnis geführt.“

Für Hamburg waren in der Großen Tarifkommission Sylvia Silvester, Rolf Thiel und Hans Haese an den Verhandlungen beteiligt.

Auch in Hamburg wurde mit den Warnstreiks und Demonstrationen, an denen sich viele unserer Kolleginnen und Kollegen beteiligten, unser Beitrag für das Zustandekommen des Tarifergebnisses geleistet. Unser Dank gilt euch ausdrücklich. Dennoch bleibt als Fazit, dass bei einer noch größeren Beteiligung aller Betroffener vielleicht „mehr drin“ gewesen wäre.

**Jörn Clasen,  
Landesredakteur GdP Hamburg**



## TARIFPOLITIK

# 60 Jahre Tarifvertragsgesetz – Zukunft der Tarifautonomie

**Im April 2009 wird das Tarifvertragsgesetz 60 Jahre alt. Während dieses Gesetz seit seiner Verabschiedung in nahezu unveränderter Form die rechtliche Grundlage der praktischen Tarifpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bildete, erfuhren die Tarifpolitik und die Tarifvertragsstrukturen in diesem Zeitraum einen tief greifenden Wandel.**

Das deutsche Tarifvertragsgesetz (TVG) aus dem Jahre 1949 regelt Inhalt und Form der Tarifverträge; das Gesetz definiert den Begriff der Tarifvertragsparteien und wann Tarifbindung vorliegt. Es sichert den Schutz tariflicher Rechte vor Verzicht und Verwirkung. Das Tarifvertragsgesetz regelt das Verfahren für die **Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen** und ordnet die Einrichtung eines zentralen **Tarifregisters** und eines Tarifarchivs an. Das Gesetz definiert außerdem den Begriff der „arbeitnehmerähnlichen Person“.

Es enthält allerdings, obwohl der Name es nahelegen könnte, kein **Arbeitskampfrecht** und legt auch keine rechtlichen Rahmenbedingungen für Tarifver-



„Haben die sie noch alle?“. Rolf Thiel macht deutlich, worauf es ankommt.

handlungen fest. Forderungen aus dem Arbeitgeberlager nach einem **Arbeitskampfgesetz** zur Regulierung des **Streikrechts** finden in der Politik keine Mehrheit.

**Das Streikrecht ist eine der Grundfreiheiten.** Es ist durch das Grundgesetz Art.

9 Abs. 3 und internationale Abkommen garantiert. Es ist eine unverzichtbare Voraussetzung für Tarifverhandlungen. Ohne die Möglichkeit des Streiks wären

den bereits 13 500 Tarifverträge, Ende 2007 immerhin schon 69 600 Tarifverträge. Im Dezember 1918 trat erstmalig ein eigenständiges Tarifvertragsrecht (Tarif-



Rolf Thiel und viele Warnstreikenden der GdP Hamburg.

**Tarifverhandlungen ein „kollektives Betteln“.**

**Jeder Arbeitnehmer hat das Recht, sich an einem gewerkschaftlichen Streik zu beteiligen. Das gilt auch für Auszubildende sowie für Unorganisierte.**

Der Arbeitgeber ist nicht berechtigt, Arbeitnehmer wegen ihrer Beteiligung an Streiks eine Abmahnung oder andere Maßregelungen zu erteilen.

Mitglieder einer Gewerkschaft erhalten beim Streik eine finanzielle Unterstützung. Anspruch und Höhe der Streikunterstützung richtet sich nach der Satzung der entsprechenden Gewerkschaft.

Seit 1949 besteht auch das im Bundesministerium für Arbeit und Soziales geführte **Tarifregister**, in das alle in Deutschland zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden oder Unternehmen abgeschlossenen Tarifverträge eingetragen werden. In den Ländern existieren eigene Tarifregister, z. B. in NRW und in Rheinland-Pfalz.

Der erste zentrale Tarifvertrag wurde 1873 für Buchdrucker vereinbart. Dem Buchdrucktarifvertrag von 1873 folgte im Jahr 1899 der erste Bauarbeitertarifvertrag. Vor dem Ersten Weltkrieg bestan-

den bereits 13 500 Tarifverträge, Ende 2007 immerhin schon 69 600 Tarifverträge. Im Dezember 1918 trat erstmalig ein eigenständiges Tarifvertragsrecht (Tarifvertragsverordnung von 1918) in Kraft. Sechs Mio. Arbeitnehmer wurden schon 1918 von Tarifverträgen erfasst, 2006 waren es trotz Rückgangs der Tarifbindung noch 18,8 Mio. Beschäftigte. Durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom Januar 1934 wurde unter den Nationalsozialisten das **Tarifrecht** und die **Tarifautonomie** beseitigt. Erst 1949 wurde mit dem Tarifvertragsgesetz wieder eine Regelung des Tarifvertragsrechts eingeführt.

Rolf Thiel  
Tarifkommission Hamburg

## TAUSCHGESUCH

### Bremen – Hamburg

KKin aus Bremen sucht aus privaten Gründen einen Tauschpartner aus Hamburg für einen Wechsel zum nächstmöglichen Termin. Kontakt mobil 01 76/24 84 58 08 oder per E-Mail [beatrice.hennig@polizei.bremen.de](mailto:beatrice.hennig@polizei.bremen.de)



# Einführung von SP X bei der WS

**Im Februar wurden die Mitarbeiter der Wachdienstgruppen, die Tagesaußendienste und die Hasibe zur neuen Dienstzeitregelung zur Einführung von SP X befragt.**

**Bestandteil der Befragung war die Vorplanbarkeit der Dienste, die Gewährleistung der polizeilichen Anforderungen, die Flexibilität der Dienstgestaltung, der Umfang des Stundenkorridors, der Umfang der Grundlasten, die Dienstzeiten und der Zufriedenheitsgrad der Mitarbeiter.**

## Die bestehende Dienstzeitregelung muss erhalten bleiben!

Zunächst lässt sich feststellen, dass im Kollegenkreis Übereinstimmung darüber herrscht, dass sich die bestehenden Dienstzeiten bewährt haben und auch die Fachgruppe WS entschieden für deren Erhalt eintritt.

Kontrovers diskutiert wurde die Größe des Stundenkorridors, der zurzeit für eine vernünftige Dienstplanung über das gesamte Jahr nicht ausreichend zulässt. Von vielen Seiten wurde ein Ausbau des Korridors sowohl nach unten bis -20 als auch nach oben bis +80 gefordert. So ist es doch gute Tradition im Hause WS, sich ein paar hart erarbeitete Stunden über die Monate zusammenzusparen und so einen ganzen Block freinehmen zu können, um sich von den Strapazen des Schichtdienstes erholen zu können. Und dann sind 49 Stunden auf einmal weg. Das erfordert beim jetzigen Korridor schon reichlich Organisations-talent, ist aber fast unmöglich.

Auch bei den Tarifbeschäftigten (Schiffsführer, Maschinisten) besteht mit dem aktuellen Korridor von -10 bis +20 noch Nachbesserungsbedarf.

## Berechnung von Pausenzeiten

Ein weiteres immer noch brennendes Thema ist die Frage, ob es zu Einschränkungen bei der Gewährleistung der polizeilichen Anforderungen des Personals kommt? Obwohl die Frage (absichtlich?) sehr abstrakt gestellt war, steckt doch ein weit tieferer Sinn dahinter – nämlich die unterschiedliche Pausenregelung des Wechselschichtdienstes auf der einen und die der Mitarbeiter des Tagesaußendienstes auf der anderen Seite (die

Kollegen an den Außenstellen wollen wir dabei nicht vergessen).

Seit der Umsetzung dieser unterschiedlichen Pausenregelung kritisiert die Fachgruppe WS die damit verbundene Ungerechtigkeit und schlechte Umsetzbarkeit in der Praxis an.

Der TA'ler bei der WS sind nun mal nicht mit den Kollegen der DGP bei Sch, für die diese abweichende Pausenregelung geschaffen wurde, vergleichbar. Die DGP hat grundsätzlich andere Aufgaben als die betroffenen Kollegen der WS. Bei der Wasserschutzpolizei fahren die Tagesaußendienstbeamten in der Regel mit dem Wechsel-Schichtkollegen zusammen auf einem FuStb/FuStw und nehmen gemeinsam alle anfallenden Einsätze wahr. Da gibt's kein „Timeout“ nach dem Motto: „*Ich hab jetzt Mittagspause, fahr schon mal alleine los, ich komm dann in 'ner halben Stunde nach*“.

Ein solch unerträglicher Zustand darf sich nicht etablieren.

## Wir fordern: gleiche Pausenregelung für gleiche Arbeit – das ist nur gerecht!!

Ähnliches gilt für die Hasibe. Auch dort scheidet häufig eine Mittagspause im zur Verfügung stehenden Korridor wegen dienstlicher Prioritäten.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass der Kollegenkreis zwar weitgehend mit der aktuellen DZR zufrieden ist, bei den angeschnittenen Themen aber noch viel Verbesserungspotenzial vorhanden ist. Es gilt diese Ungerechtigkeit zu beseitigen!!!

Wir bleiben am Ball!

*Eure Fachgruppe WS*

## Landesdelegiertentag 2009

**Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit letztem Jahr hat der neue Fachgruppenvorsitzende der WSP, Holger Stoll, mit seinen Kollegen der Fachgruppe durch viel Engagement die ersten Stürme gemeistert. Für die nächsten Jahre können wir hoffnungsfroh in die Zukunft blicken.**

Zum Landesdelegiertentag im Oktober 2009 werden die Ziele der nächsten vier Jahre bestimmt. Die GdP besteht in erster Linie aus allen Mitglieder. D. h., Ihr könnt durch Vorschläge, Wünsche, Anregungen etc., die die GdP (und damit ggf. auch die Fachgruppe WSP) verfolgen und umsetzen soll, den Kurs mitbestimmen.

Nicht immer nur meckern! Jetzt besteht die Möglichkeit, mit wenig Aufwand (Telefonanruf, kurze E-Mail, mündlicher Beitrag auf der monatlichen Fachgruppensitzung etc.) der Fachgruppe WSP und/oder der GdP eure Meinung zu sagen. Noch besser wäre es, Ihr würdet auch hinter euren Anträgen stehen. D. h., sich dafür auch persönlich einsetzen, dass der eigene Antrag umgesetzt wird (z. B. der Politik durch demonstrative Aktionen zu Lohnforderungen den Auffangschirm zu zeigen). **LBKA-Mitglied, Rolf Babener**

Anzeige

**Notdienst der Glaserinnung Hamburg  
für alle Hamburger Bereiche**



**Glaser-Notdienst, Tel. 8 30 06 60  
Firmenungebundene Auftragsannahme**



FACHGRUPPE SENIOREN

# Mitgliederversammlung mit „Generalvollmacht“

**Wieder einmal war die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Senioren im Februar gut besucht, denn auf dieser war unser Vertrauens-Notar der GdP, Herr Dr. Ekkehard Nümann, eingeladen, um über die Notwendigkeit einer „Generalvollmacht“ zu referieren.**

Was ist eine „Generalvollmacht“ und warum sollte man eine erteilen? Wozu wird diese benötigt!

Diese Fragen wurden sehr gut und anschaulich verdeutlicht, denn Dr. Nümann hatte diverse Beispiele parat, in denen es notwendig gewesen wäre, eine Generalvollmacht zu haben!

Eine „Generalvollmacht“ ist die eine Möglichkeit, seine persönlichen und finanziellen Angelegenheiten nach seinem eigenem Willen frei zu regeln, welche die Patientenverfügung, Betreuungsverfügung, Gesundheitsverfügung und die Vorsorgevollmacht beinhaltet.

Der Vollmachtgeber bestimmt selbst eine einzige Person seines Vertrauens mit allen Aufgaben, die sonst in den einzelnen genannten Verfügungen getrennt sind, mit einer „Generalvollmacht“.

Nicht nur ältere Menschen sollten sich rechtzeitig Gedanken machen über dieses Thema, sondern auch ganz besonders jüngere Menschen, denn durch einen Unfall kann es sehr schnell passieren, dass man in eine hilfsbedürftige Lage kommt und nicht mehr für sich alleine entscheiden kann!

Ja, meistens ist es so, dass man leider dieses wichtige Thema so gerne beiseite schiebt, wenn es doch nicht so wichtig wäre! Ach mir, uns wird so schnell nichts passieren!

Vor dem Abschluss einer Vollmacht sollte man sich gut beraten lassen, also von einem Notar, einer Betreuungsbehörde oder einem Betreuungsverein.

Hat der Vollmachtgeber eine „Generalvollmacht“ erteilt, so darf der Bevollmächtigte noch lange nicht alle Entscheidungen fällen!

Der Bevollmächtigte darf nur so für den Vollmachtgeber entscheiden, wie es deren Wunsch ist. Er muss immer zum Wohle des Vollmachtgebers entscheiden und im Interesse des Vollmachtgebers

handeln! Jeder Patient, der in der Lage ist, eigenverantwortlich zu entscheiden und seinen Willen zu äußern, kann eine „Generalvollmacht“ erteilen oder auch jederzeit abändern!

Eine Generalvollmacht kann nicht nur für eine Person des Vertrauens ausgestellt werden, sondern auch auf Gegenseitigkeit, wie z. B. des Ehepartners und auf die Kinder.

Zum Ende des Vortrages waren sich die anwesenden Kolleginnen und Kollegen einig, dass es doch notwendig ist, eine Generalvollmacht abzuschließen, in dem eine Person seines Vertrauens ermächtigt wird, persönliche und finanzielle Angelegenheiten zu regeln, wenn man selbst nicht mehr dazu in der Lage ist.

Für den interessanten Vortrag erhielt Dr. Nümann reichlich Applaus von den Teilnehmern:

Zur Thema „Erbrecht – erben und vererben“ wird Dr. Nümann nach der Sommerpause referieren.



Dr. Nümann referiert anschaulich zum Thema Generalvollmacht.

Im Anschluss an den spannenden Vortrag wurden aktuelle gewerkschaftliche Themen besprochen und der aktuelle Stand zu den Tarifverhandlungen bekannt gegeben.

Vor allem danke ich den Kolleginnen und Kollegen, die an der bundesweiten Auftaktveranstaltung am 3. 2. 2009 in Hannover und an der Kundgebung am 5. 2. 2009, auf dem Gänsemarkt teilgenommen haben. Auch wurde für die Warnstreikaktion am 12. 2. 2009 auf dem „Winterhuder Marktplatz“ mit anschließendem Marsch zur „Hindenburgstraße“ mobilisiert!

**Peter Leiste,  
Fachgruppenvorsitzender Senioren**

## TERMIN

# Ankündigung zur Mitgliederversammlung

**Am 14. April 2009 findet unsere nächste Mitgliederversammlung der Fachgruppe Senioren statt, zu der ich unseren evangelischen Polizeiseelsorger, Herrn Pastor Frank Rutkowski, gewinnen konnte.**

14. April, 15.00 Uhr, in der Kantine des PP

Herr Rutkowski wird über seine Aufgaben und seine alltäglichen Gespräche mit Mitarbeitern/innen aus dem Vollzug und der Verwaltung berichten, die sich in ihrer teils schweren beruflichen oder privaten Situation an den Polizeiseelsorger wenden.

Im Vordergrund steht bei den Gesprächen der Schutz des Seelsorgeheimnisses und das Zeugnisverweigerungsrecht.

**Peter Leiste, Fachgruppe Senioren**



**WIR GRATULIEREN ZUM**

**70. Geburtstag**

25. März 2009 Wolfgang Söhle  
 1. April 2009 Hans-Jürgen Reese  
 6. April 2009 Manfred Scholz  
 7. April 2009 Horst Grimm  
 15. April 2009 Rolf Grischinski  
 17. April 2009 Rosemarie Stamm-Kalcher

**80. Geburtstag**

3. April 2009 Egon Jahnke

**85. Geburtstag**

25. April 2009 Walter Gülck  
 27. April 2009 Ursula Herold

**86. Geburtstag**

12. April 2009 Elisabeth Meißner  
 21. April 2009 Stanislaw Hedwig Stadthöwer  
 22. April 2009 Hubert Kuhnert  
 23. April 2009 Erika Koch

**87. Geburtstag**

3. April 2009 Gerhard Buchwald  
 12. April 2009 Egon Ziercke  
 18. April 2009 Eduard Pöpke

**88. Geburtstag**

1. April 2009 Hildegard Börn  
 3. April 2009 Martin Krug  
 11. April 2009 Ingeburg Lüthgens  
 26. April 2009 Rudolf Kattner

**89. Geburtstag**

22. April 2009 Lucia Kersten

**90. Geburtstag**

1. April 2009 Erich Eggers  
 6. April 2009 Herta Witt

**94. Geburtstag**

3. April 2009 Horst Jeschke  
 27. April 2009 Erica Hempel

**100. Geburtstag**

13. April 2009 Erna Rudolph

**101. Geburtstag**

13. April 2009 Frida Roß

**25-j. Dienstjubiläum**

1. Februar 2009  
 Peter Lemmermann PHK PK 41  
 Heiko Beller EPHK BfI/A 412

**40-j. Dienstjubiläum**

1. April 2009  
 Manfred Fork POK PK 14  
 Wolfgang Jeppsson PK PK 37  
 Dietmar Kähler PHM PK 14  
 Joachim Kapplusch PHK PK 34  
 Ulrich Klemz POK VD 31  
 Ulrich Konkel POK HdP  
 Rüdiger Lührs PK LPB 41  
 Bernd Martensen-Godau POK LKA 73  
 Joachim Schmolke EPHK PK 41  
 Stephan Thome POK VD 22  
 Gunnar Tilge PHK PK 21  
 Gerhard Wilken PHK VT 43  
 Jürgen Witzke FLD 1  
 2. April 2009  
 Axel Brahms KHK ZD 66

**wohlverdienten Ruhestand**

31. März 2009  
 Hans-Jürgen Oehlert PHK FLD 22  
 Wilfried Bruhse POK VD 42  
 30. April 2009  
 Wolfgang Jeppsson PK PK 37  
 Monika Göpner Ang.'e PK 27  
 Ulrich Konkel POK HdPH  
 Christine La Porte ROSEkr.'in ZP 1222

**STERBEFÄLLE**

Anzeige

**Gut beraten im Trauerfall**  
 Überall in Hamburg und im Umland

**GBI**  
 Großhamburger Bestattungsinstitut rV

Fuhlsbüttler Straße 735  
 22337 Hamburg

**040 - 24 84 00**

www.gbi-hamburg.de

17. Dezember 2008  
 Walter Kessler Vw-Beamter i. R. (89)

14. Januar 2009  
 Elfriede Hofele VA'e i. R. (83)

1. Februar 2009  
 Eggert Mall PHM i. R. (82)

2. Februar 2009  
 Irma Kreuzer Witwe (87)

4. Februar 2009  
 Adolf Strehse Kraftf. i. R. (73)

8. Februar 2009  
 Karl Hünninger VA i. R. (94)

10. Februar 2009  
 Heinrich Meyer KHK i. R. (86)

11. Februar 2009  
 Detlef Nickoleit POK i. R. (60)

12. Februar 2009  
 Anton Watzullik PHM i. R. (87)

Paul Winterberg PHM i. R. (94)

14. Februar 2009  
 Albert Wissmann PHK i. R. (90)

16. Februar 2009  
 Gerd Fähnrich PHM i. R. (82)

Robert Noorbin Ang. i. R. (72)

Edith Raff Betriebsarb.'in i. R. (73)

19. Februar 2009  
 Helmuth Tiedemann PHM i. R. (87)

22. Februar 2009  
 Georg Lindner PHK i. R. (75)

Hans-Joachim Gobat PHM i. R. (85)

23. Februar 2009  
 Uwe Eggers KHK i. R. (64)

27. Februar 2009  
 Hjalmar Berthold POM PK 46 (35)

28. Februar 2009  
 Walter Köhler PHM i. R. (86)

1. März 2009  
 Hanns Petersdorff PHM i. R. (84)

*Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.*

